



Rechtsanwalt Michael Halstenberg | Ministerialdirektor a. D.

KOPP-ASSENMACHER & NUSSER Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Neues Bauvertragsrecht und EU-Bauproduktenrecht – Was sollten Planer, Bauausführende und Bausachverständige wissen?

53. Frankfurter Bausachverständigentag

Fassadenkonstruktionen - Problempunkte, Qualitätssicherung und Sanierung

Übersicht

1. Reform des Bauvertragsrechts
 - A. Änderungen des Kaufvertragsrechts
 - B. Bauvertragsrecht
 - C. Spezielle Bauverträge
 - D. Architekten-und Ingenieurvertrag
2. Reform des Bauordnungsrechts
 - A. Gründe für die Reform
 - B. Rechtsprechung des EuGH
 - C. Reform des nationalen Bauproduktenrechts und
Neufassung des gesamten technischen Regelwerks
 - D. Stand der Reform in den Ländern
 - E. Bauaufsichtliche Nachweise
 - F. Herstellererklärungen



1. Reform des Bauvertragsrechts

Wesentliche Inhalte des Gesetzes

- Regelung der **Ein- und Ausbaukosten bei B2B Geschäften (Kaufvertragsrecht)**
- Spezielle Regelung **Bauvertrag**, Verbraucherbauvertrag und **Architekten- und Ingenieurvertrag** (Kündigungsrechte/Akquise)
- Baubeschreibungspflicht für Bauträger / Unternehmer
- Obergrenze Abschlagszahlungen
- **Anordnungsrecht des Bestellers**
- **Preisanpassung bei Mehr- oder Minderleistungen**
- **Abnahme und Gefahrenübergang**
- **Kündigung des Bauvertrags aus wichtigem Grund**

Wichtige Änderungen

- Einführung einer ausschließliche **Zuständigkeit der Landgerichte**
 - für Streitigkeiten über Anordnungsrechte (§ 650b BGB)
 - und die Vergütungsanpassung (§ 650c BGB)
- Obligatorische Einrichtung von **Spezialspruchkörpern** bei den Landgerichten und Oberlandesgerichten in Bausachen
§§ 71 Abs. 2 und 72a, 119a GVG
- Nicht übernommen:
 - Privilegierung der **VOB/B** bei Preisfindung im Fall der Anordnung (§ 650c Abs. 4 BGB-E gestrichen)
 - Keine Durchführung eines Streitbeilegungsversuchs unter **Beteiligung eines Sachverständigen** vor Anrufung der Gerichte



A. Änderungen des Kaufvertragsrechts

Neue Bestimmungen des Kaufrechts

2. Abschnitt 8 Einzelne Schuldverhältnisse, Titel 1 Kauf, Tausch

Änderung § 439 Nacherfüllung

Einfügung § 445a Rückgriff des Verkäufers

Einfügung § 445b Verjährung von Rückgriffsansprüchen

Ergänzung § 474 Verbrauchsgüterkauf

Ergänzung § 475 Anwendbare Vorschriften

Änderung § 478 Sonderbestimmungen für den Rückgriff des Unternehmers

Neue Bestimmungen des Kaufrechts

2. Abschnitt 8 Einzelne Schuldverhältnisse, Titel 1 Kauf, Tausch, Untertitel 1 [Allgemeine Vorschriften](#)

§ 439 Nacherfüllung

- (1) Der Käufer kann als Nacherfüllung nach seiner Wahl die Beseitigung des Mangels oder die Lieferung einer mangelfreien Sache verlangen.
- (2) Der Verkäufer hat die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen
- (3) **Hat der Käufer die [mangelhafte Sache](#) gemäß ihrer Art und ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache [eingebaut](#) oder an eine andere Sache [angebracht](#), ist der Verkäufer im Rahmen der Nacherfüllung verpflichtet, dem Käufer die erforderlichen [Aufwendungen für das Entfernen der mangelhaften und den Einbau oder das Anbringen](#) der nachgebesserten oder gelieferten mangelfreien Sache zu ersetzen. § 442 Absatz 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass für die Kenntnis des Käufers an die Stelle des Vertragsschlusses der Einbau [oder das Anbringen](#) der mangelhaften Sache durch den Käufer tritt.**
- (4) Der Verkäufer kann die vom Käufer gewählte Art der Nacherfüllung unbeschadet des § 275 Abs. 2 und 3 verweigern, wenn sie nur mit unverhältnismäßigen Kosten möglich ist.

Erweiterung des kaufrechtlichen Nacherfüllungsanspruchs

Im Rahmen der Nacherfüllung ist **vom Verkäufer** verschuldensunabhängig **Ersatz dafür zu leisten, dass die mangelhafte Kaufsache ausgebaut und die Ersatzsache eingebaut werden muss** („Wandlung“).

Gilt für auch für den Fall, dass die gleiche Sache nach Ausbau und nach Behebung des Mangels wieder eingebaut wird („Nachbesserung“).

Keine Selbstvornahme des Aus- und Einbaus durch den Verkäufer als Konsequenz des 2. Andienungsrechts, wie im Entwurf zunächst vorgesehen. (Vermeidung der Konkurrenz von Hauptleistungspflichten aus Werkvertrag und Gewährleistungsrechten aus Kaufvertrag).

Für den Anspruch kommt es auf die Kenntnis zum Zeitpunkt des Einbaus an (§ 442 Abs. 1 S. 1 BGB)

Einbeziehung von Kaufverträgen zwischen Unternehmen (B2B-Geschäfte).

Rückgriffsrecht des Käufers

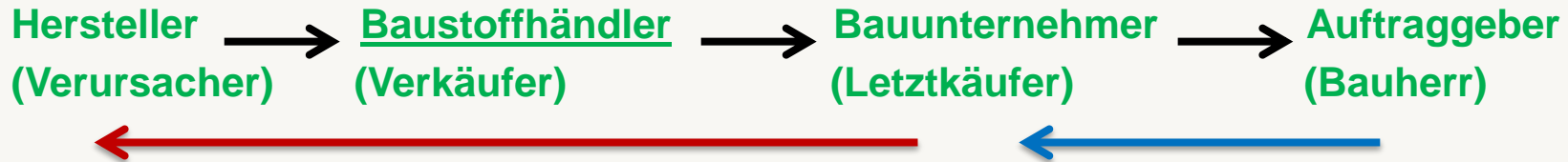
§ 445a Rückgriff des Verkäufers

- (1) Der Verkäufer kann beim Verkauf einer neu hergestellten Sache von dem Verkäufer, der ihm die Sache verkauft hatte (Lieferant), **Ersatz der Aufwendungen** verlangen, die er im Verhältnis zum Käufer **nach § 439 Absatz 2 und 3** sowie § 475 Absatz 4 und 6 zu tragen hatte, wenn der vom Käufer geltend gemachte Mangel bereits beim Übergang der Gefahr auf den Verkäufer vorhanden war.
- (2) Für die in § 437 bezeichneten Rechte des Verkäufers gegen seinen Lieferanten bedarf es wegen des vom Käufer geltend gemachten Mangels der sonst erforderlichen Fristsetzung nicht, wenn der Verkäufer die verkaufte neu hergestellte Sache als Folge ihrer Mangelhaftigkeit zurücknehmen musste oder der Käufer den Kaufpreis gemindert hat.
- (3) Die Absätze 1 und 2 finden auf die Ansprüche des Lieferanten und der übrigen Käufer in der Lieferkette gegen die jeweiligen Verkäufer entsprechende Anwendung, **wenn die Schuldner Unternehmer sind**.
- (4) **§ 377 des Handelsgesetzbuchs bleibt unberührt.**

Rückgriffsrecht des Käufers

Entspricht der bisherigen Regelung im Verbrauchsgüterkauf (§ 478)

Ausgleich für eine erweiterte Mängelhaftung, vor allem des Letztverkäufers.



Selbständiger Regressanspruch: Ersatz der Nacherfüllungsaufwendungen (auch aus Werkvertrag), die der Letztverkäufer im Verhältnis zum Käufer („unvermeidbar“) zu tragen hatte.

§ 377 HGB erhält in Bezug auf die „Erkennbarkeit“ des Mangels wegen der gestiegenen wirtschaftlichen Auswirkungen eine größere Bedeutung. Eine Verletzung der Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten kann zum Verlust des Regressanspruchs führen.

§ 445b enthält Sonderregelung der Verjährung: Ablaufhemmung/max. 5 Jahre



B. „Bauvertragsrecht“



Änderungen des Werkvertragsrechts



Neue Gliederung des Werkvertragsrechts

- Titel 9 **Werkvertrag** und ähnliche Verträge (gesetzliche Leitbilder)
- Untertitel 1 - Werkvertragsrecht
 - Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften
 - Kapitel 2 – **Bauvertrag**
 - Kapitel 3 – **Verbraucherbauvertrag**
 - Kapitel 4 – Unabdingbarkeit
- Untertitel 2 **Architektenvertrag und Ingenieurvertrag**
- Untertitel 3 **Bauträgervertrag**



Novellierung des Bauvertragsrechts

Bauvertrag

§ 650a BGB –Definition des Bauvertrags

Vertrag über die Herstellung oder den Umbau eines Bauwerks einer Außenanlage oder eines Teils davon sowie Instandhaltung bei wesentlicher Bedeutung für das Bauwerk.

- Herstellung
- Wiederherstellung
- Beseitigung (neu)
- Umbau
- Instandhaltung mit wesentlicher Bedeutung
- Erweiterung / Modernisierung s. § 2 HOAI (wesentlich?)
- Instandsetzung



C. Spezielle Bauverträge

Verbraucherbauvertrag

§ 650j BGB - Baubeschreibung

**Pflicht des Unternehmers, dem Verbraucher bei Vertragsschluss eine Baubeschreibung zur Verfügung zu stellen (Verweis auf Art. 249 EG-BGB).
Unabdingbar (§ 650o BGB)**

§ 650k BGB – Inhalt des Vertrags

**Die Angaben aus der vorvertraglichen Baubeschreibung werden Inhalt des Vertrags,
Ausnahme: abweichende (Individual-) Vereinbarung.**

**Bauvertrag muss verbindliche Angaben über den Zeitpunkt der Vollendung des Baus
enthalten, ggf. gelten die vorvertraglichen Angaben**

Verbraucherbauvertrag

§ 650l BGB - Widerrufsrecht

Widerrufsrecht des Verbrauchers innerhalb von 14 Tagen seit Vertragsschluss.

§ 650m BGB - Abschlagszahlungen

Obergrenzen für die Zahlung von Abschlägen; max. 90% der vereinbarten Gesamtvergütung; vereinbarte Absicherung max. 20% der vereinbarten Vergütung

§ 650n BGB – Erstellung und Herausgabe von Unterlagen

die für die Erlangung eines Kredits oder zum Nachweis der Erfüllung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen erforderlich sind.

Verbraucherbauvertrag

§ 650n BGB – Erstellung und Herausgabe von Unterlagen

(1) *Rechtzeitig vor Beginn der Ausführung einer geschuldeten Leistung hat der Unternehmer diejenigen Planungsunterlagen zu erstellen und dem Verbraucher herauszugeben, die dieser **benötigt**, um gegenüber Behörden den Nachweis führen zu können, dass die Leistung unter Einhaltung der einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften ausgeführt werden wird. Die Pflicht besteht nicht, soweit der Verbraucher oder ein von ihm Beauftragter die wesentlichen Planungsvorgaben erstellt.*

(2) *Spätestens **mit der Fertigstellung** des Werks hat der Unternehmer diejenigen Unterlagen zu erstellen und dem Verbraucher herauszugeben, die dieser benötigt, um gegenüber Behörden den **Nachweis** führen zu können, dass die Leistung unter **Einhaltung der einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften** ausgeführt worden ist.*

(3) *Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn ein Dritter, etwa ein Darlehensgeber, Nachweise für die Einhaltung bestimmter Bedingungen verlangt und wenn der Unternehmer die berechtigte Erwartung des Verbrauchers geweckt hat, diese Bedingungen einzuhalten.*

Betr.: **bautechnische Nachweise plus Wärmeschutznachweis und damit auch alle Nachweise zur Verwendung von Bauprodukten**



D. Architekten- und Ingenieurvertrag

Architekten- und Ingenieurvertrag

Spezieller Vertragstyp ist eigener Auslegung zugänglich. Ansonsten gilt ggf. das Bauvertragsrecht und das allgemeine Werkvertragsrecht.

Keine Definition des „Architekten“ oder des „Ingenieurs“ – sondern der „Tätigkeit wie ein Architekt oder Ingenieur“ (Bauunternehmer? – gemischter Vertrag)

In Bezug auf die vertragstypischen Pflichten keine Bezugnahme auf die Leistungsbilder der HOAI.

Vertragstyp erfasst nur Leistungen zur „Ausführung“ d. h. Herstellung von Bauwerken und von Außenanlagen (§ 648a). Erforderlich ist Grundstücksbezug (kein bloßes Designen von Gegenständen) und gestalterische Arbeit (nicht Gartenpflege), vgl. § 39 HOAI „Freianlagen“.

Planervertragsrecht - Übersicht

- **Definition vertragstypischer Pflichten incl. „Konzeptfindungsphase“**
Definition der Planerleistung. Die „Bestimmung des Leistungserfolgs“ = Erstellung der Planungsgrundlagen ist Teil der (Werk-) Leistung - § 650p
- **Geltung des allgemeinen Bauvertragsrechts u. a. Anordnungsrecht** des Bestellers § 650q
Bsp.: Wiederholung von Leistungsphasen kann angeordnet werden kann aber zu Nachträgen führen
- **Sonderkündigungsrecht** – nach Vorlage der Planungsgrundlagen § 650r
- **Abnahme**
Architekt kann Teilabnahme (Abschluss der Objektüberwachung) verlangen § 650s
- **Subsidiäre gesamtschuldnerische Haftung**
Begrenzung durch eine vorrangige Inanspruchnahme des Bauunternehmers § 650t

§ 650q – anwendbare Vorschriften des Bauvertragsrechts

- **Kapitel 1, Untertitel 1: Allgemeine Vorschriften des Werkvertragsrechts**
- **§ 650b Änderung des Vertrags, Anordnungsrecht des Bestellers**
- **Vergütungsanpassung 1. HOAI 2. Vereinbarung 3. § 650c**
- ✓ **§ 650e Sicherungshypothek des Bauunternehmers**
- ✓ **§ 650f Bauhandwerkersicherung**
- **§ 650g Zustandsfeststellung bei Verweigerung der Abnahme , Schlussrechnung**
- **§ 650h Schriftform der Kündigung des Bauvertrags**

Haftung bei mangelhafter Objektüberwachung

Die Haftung der Planer für mangelhafte Objektüberwachung ist weitgehend:

- Auch Objektüberwachungsvertrag ist in der Regel **Werkvertrag**.
- Architekt ist auch dann verantwortlich, wenn Sonderfachleute Stichproben machen.
- Bei gefährlichen oder schadensträchtigen Gewerken muss der Architekt „erst recht“ kontrollieren.
- Besteht der „Verdacht“ einer mangelhaften Leistung muss der Architekt fehlendes Können der Bauunternehmen durch intensivere Kontrolle „ausgleichen“.
- Architekt muss über allgemeines Fachwissen verfügen.
- Entlastung des Architekten nur im Ausnahmefall (Aufklärung des Bauherrn, Ablehnen der Verantwortung, Sonderwissen erforderlich).

Haftung

Vorteile einer Inanspruchnahme des Planers:

- Planer schuldet Schadensersatz = „Haftung auf Zahlung“
- Haftpflichtversicherung des Planers für Mangelfolgeschäden
- Planer haftet grundsätzlich bei mangelhafter Objektüberwachung „schnittstellenunabhängig“
- Keine Klärung der Frage eines Planungs- und / oder Ausführungsmangels erforderlich
- Kein Mitverschulden des Bauherrn



2. Reform des Bauordnungsrechts

Normenhierarchie / Vorschriftenkaskade

Landesbauordnung
(Anpassung an MBO 2016)
(allgemeine Anforderungen)

RdErl. des Ministeriums für Bauen
(Konkretisierung durch technische Verwaltungsvorschrift)

Anlage zum RdErl. des Ministeriums
(~~Liste der technischen Baubestimmungen – Bauregellisten~~)
NEU: (Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen – VV TB)

z. B. anerkannte Regeln der Technik / DIN Normen / DIN EN Normen
auch Industriebaurichtlinie RdErl. des Ministeriums
Erläuterungen zur Industriebaurichtlinie

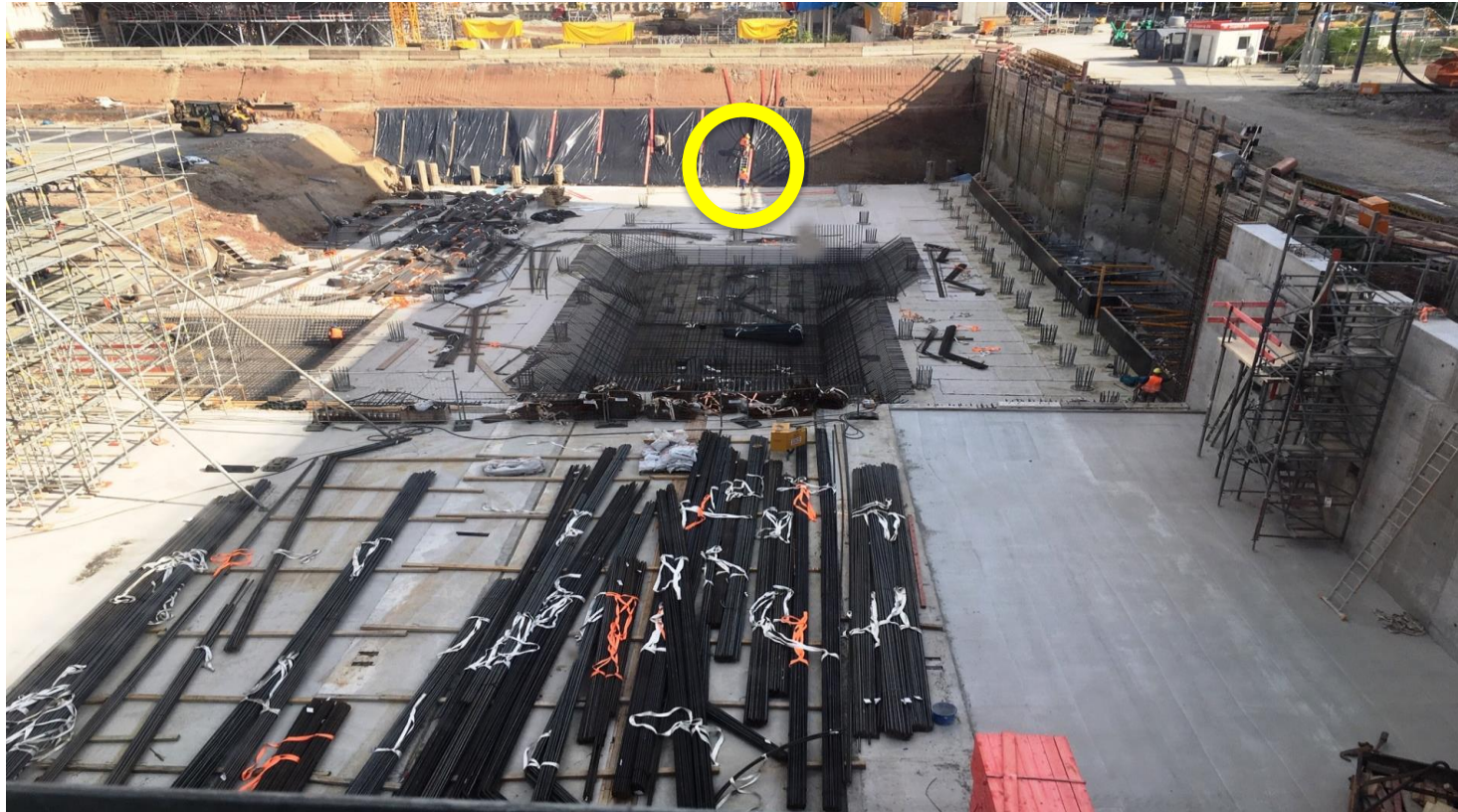


„Gordischer Knoten“

Änderungen der technischen Baubestimmungen

A. Gründe für die Reform

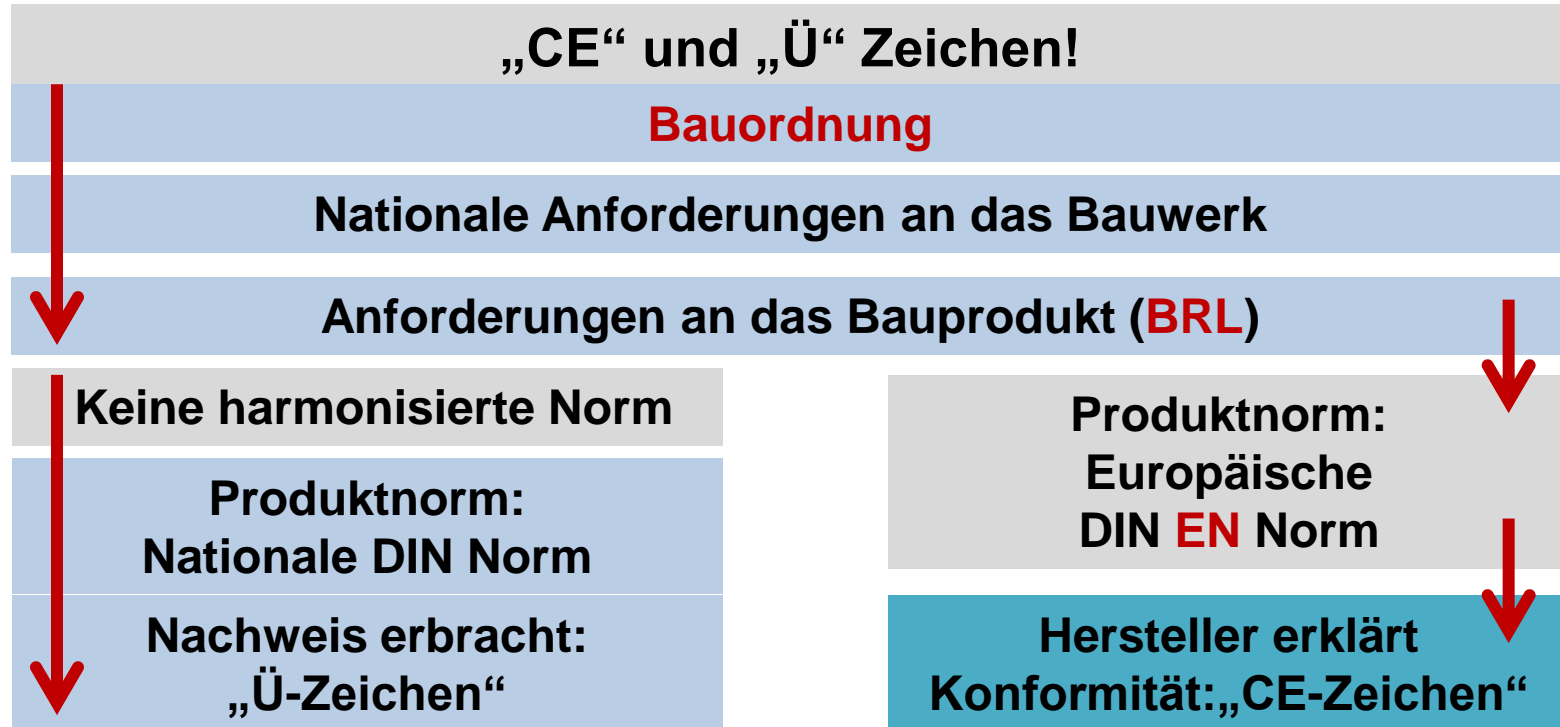




Die nationalen Anforderungen an die Verwendung von Bauprodukten

- Bauprodukte dürfen in Deutschland für die
 - Errichtung
 - Änderung und
 - Instandhaltungbaulicher Anlagen regelmäßig nur **verwendet werden**, wenn sie für den angegebenen Verwendungszweck
- das **Ü-Zeichen** (Übereinstimmungsnachweis) tragen oder
- nach der Bauproduktenverordnung gehandelt und in Verkehr gebracht werden dürfen und die **CE-Kennzeichnung** tragen und dieses die national festgelegten Klassen und Stufen ausweist.

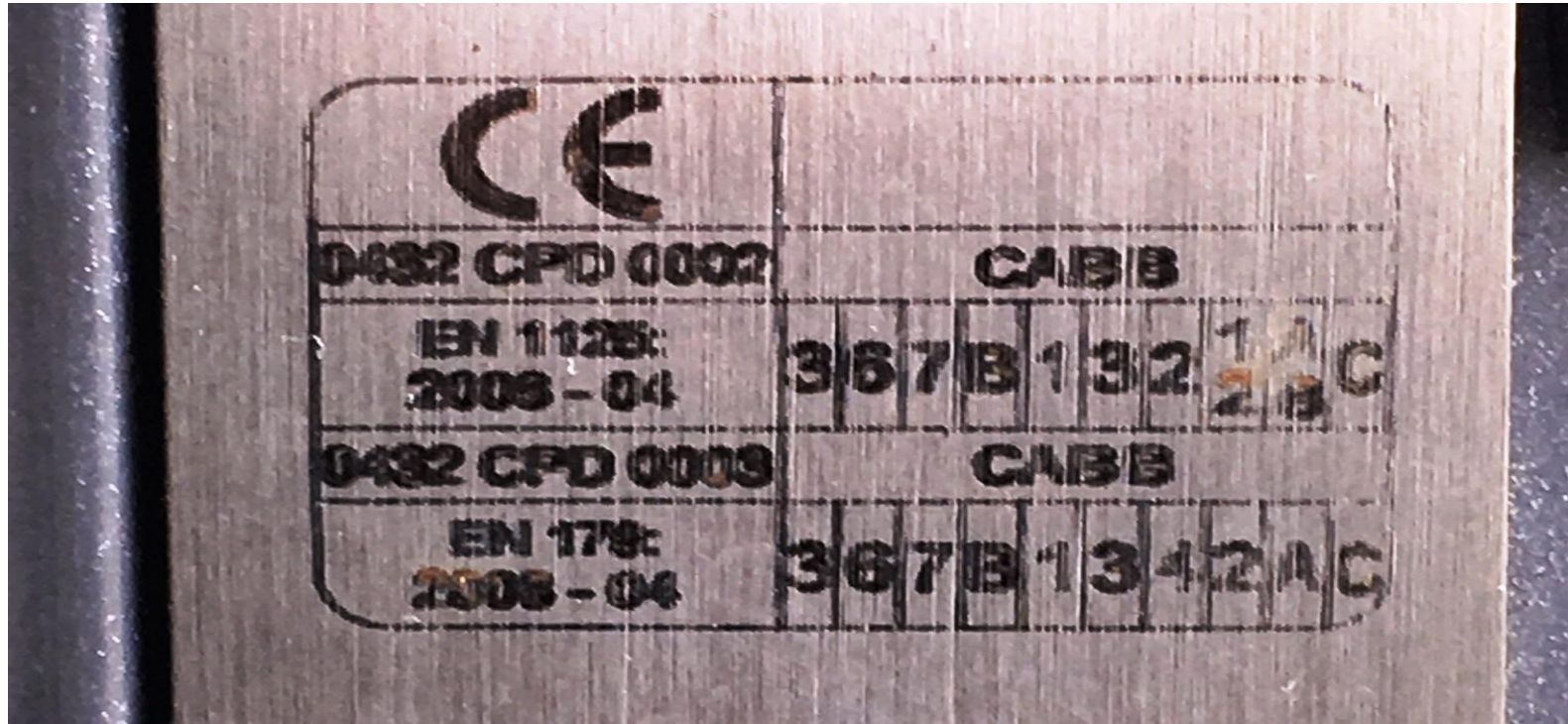
EU-Bauproduktenverordnung und nationales Recht



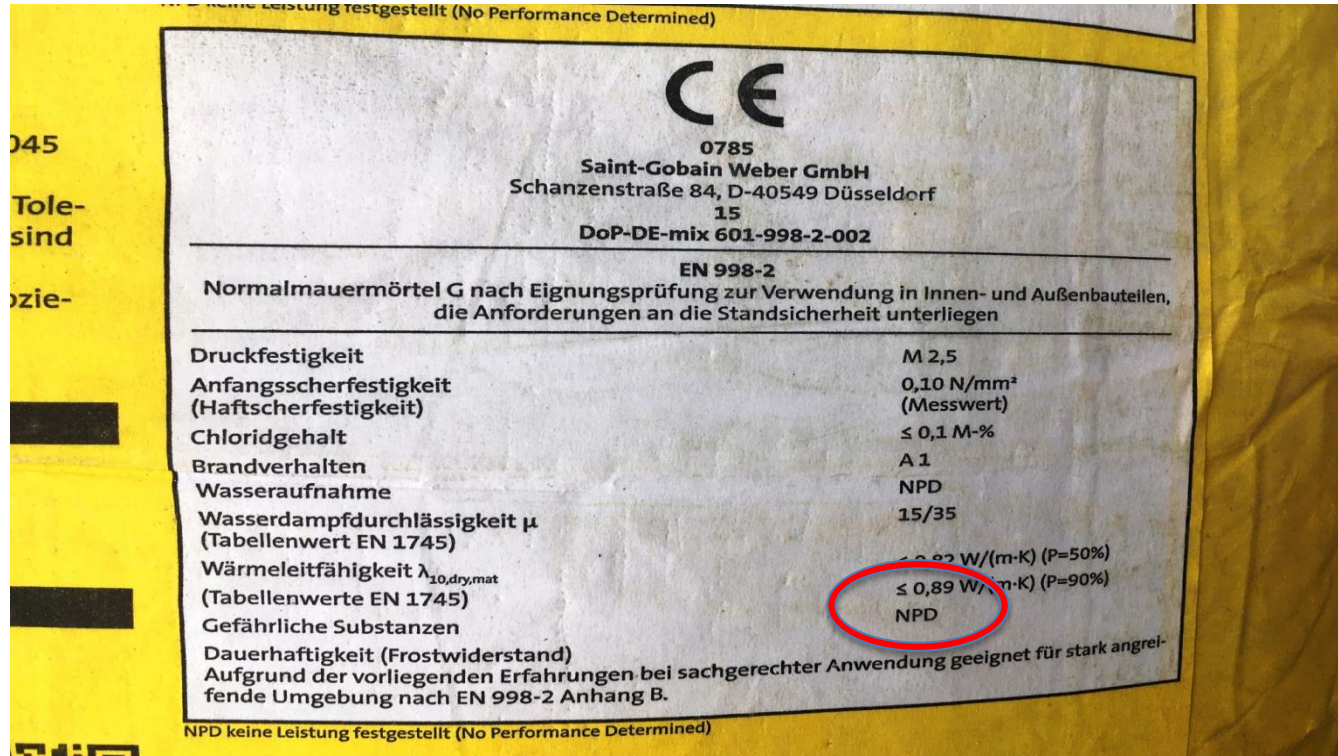
CE-Kennzeichnung



CE-Kennzeichnung



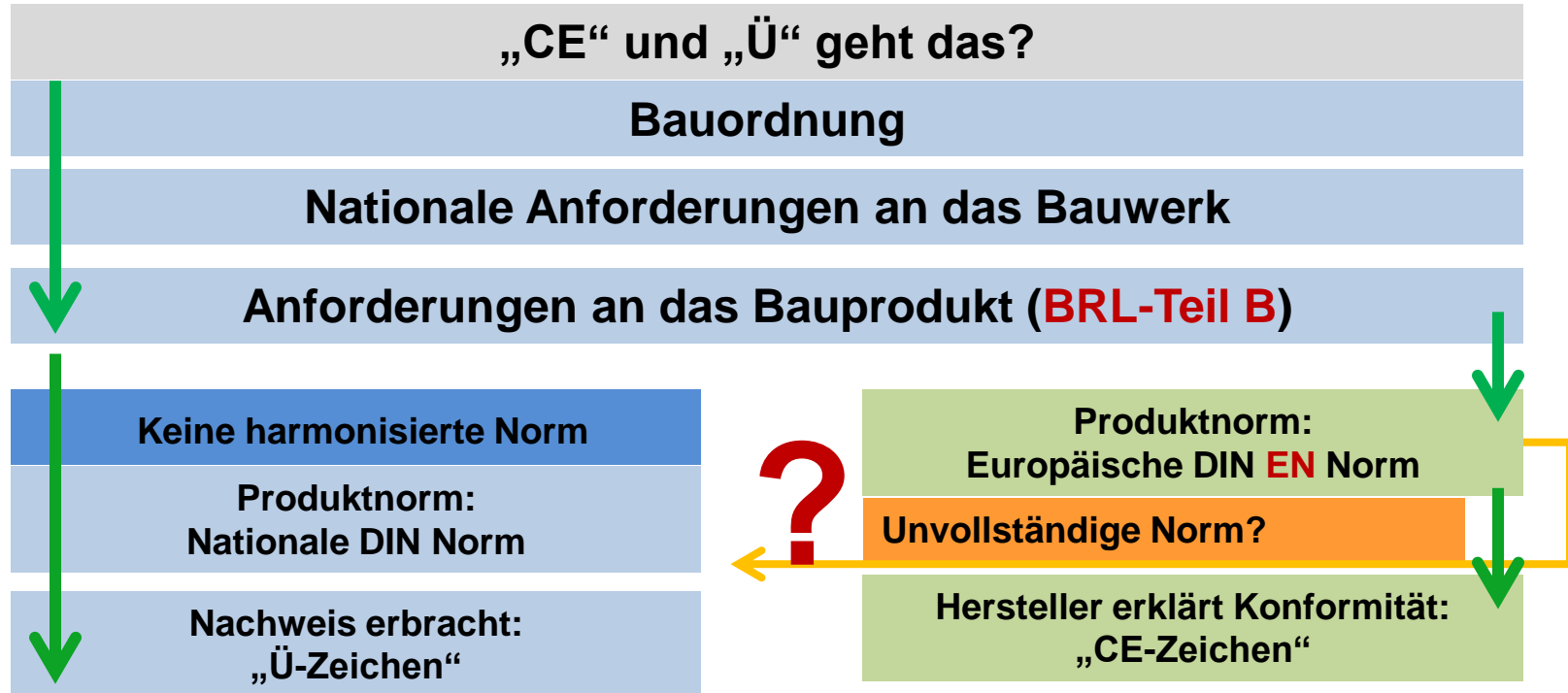
CE-Kennzeichnung



CE-Kennzeichnung



Wie ist mit „unvollständigen“ harmonisierten Normen zu verfahren?



Ergänzende Herstellerangabe zur Leistungs- erklärung nach der BauPVO

Deklaration der Eigenschaftskennwerte (Teil 1): Produktnorm EN 771-1 : 2011-07					
Für tragendes und nicht tragendes, geschütztes Mauerwerk Kat. I.					
Kennnummer der notifizierten Stelle		2510		Zertifikat der WPK	
Hersteller:		Ziegelwerke Otto Bergmann GmbH; Im Roten Lith 3; 32689 Kalletal OT Hohenhausen		2510 - CPR - 347	
Gehalt aktiver löslicher Salze:		Klasse	S0	Brandverhalten:	
Frostwiderstand:		Klasse	F0	übliche Feuchtedehnung	
Wasseraufnahme W_m :		M.-%	NPD	anf. Wasseraufnahme W_m :	
Wasserdampfdurchlässigkeit:		μ	5/10	Gefährliche Substanzen:	
Ebenheit der Lagerflächen		Planziegel: $\leq 1,0$ mm	Blockziegel: NPD	Planparallelität Lagerflächen	
Druckfestigkeit senkrecht zur Stirnfläche:		NPD		Nettotrockenrohichte:	
Verbundfestigkeit: Tabellenwert		N/mm ²	Planziegel (DM): 0,3	Blockziegel (NM,LM): 0,15	
Grenzabmaße:		Abmaß Klasse Tm	Maßspanne Klasse Rm	Jahr der Kennzeichnung	



Deklaration der Eigenschaftskennwerte (Teil 2): (siehe Aufdruck auf Verpackungsfolie)					
Nr. der Leistungserklärung					
Brutto-Trockenrohichte		Mittelwert	kg/m ³	1	zusätzliche Herstellerangaben:
Klasse:		Toleranz in %:		2	Stückbezeichnung:
Maße (Soll)		Länge mm	Breite mm	3	Leichtklasse:
Druckfestigkeit (Kat. I) in N/mm ²		Mittelwert	Höhe mm	4	Druckfestigkeit:
senkrecht zur Lagerfläche				5	Wärmeleitfähigkeit:
Form und Ausbildung:					
Mauersteingruppe nach EN 1996-1-1					
Wärmeleitfähigkeit $\lambda_{10,lr,unit}(P5)$:					

Novellierung des Bauproduktenrechts

B. Rechtsprechung des EuGH

Der EuGH hat durch Urteil vom 16.10.2014 festgestellt:

Die Bundesrepublik Deutschland hat gegen die EU-Bauproduktenrichtlinie verstoßen, weil sie in drei Fällen zusätzliche nationale Anforderungen an harmonisierte Bauprodukte gestellt hat.

EuGH RS C-100/13

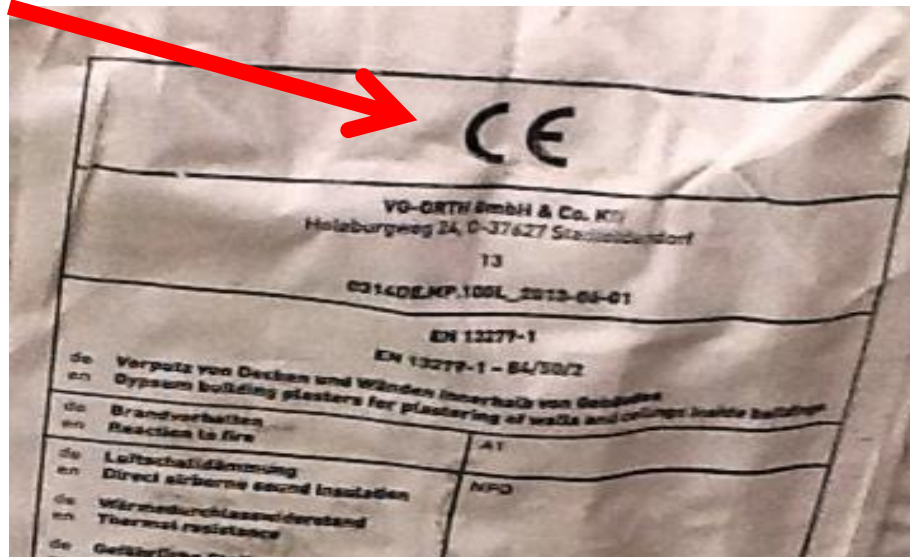


Das bedeutet das Aus für nationale Anforderungen an harmonisierte Bauprodukte denn es gibt keine „Teilharmonisierung“ sondern eine umfassende Sperrwirkung durch eine Harmonisierung.

Künftig: Beschränkung auf die CE-Kennzeichnung



Und die Leistungserklärung des Herstellers



Mit der CE-Kennzeichnung erklärt der Hersteller die Konformität des Bauprodukts mit der erklärten Leistung und den Anforderungen der BauPVO entsprechend der europäischen (harmonisierten) Produkt-Normen.

ANHANG C – MUSTER FÜR LEISTUNGSERKLÄRUNGEN

Dieser Anhang enthält folgende Musterleistungserklärungen:

- Leistungserklärung eines Betonzusatzmittels nach EN 934-2
- Leistungserklärung eines Fugendichtstoffes für Fassadenelemente nach EN 15651-1

Hinweis:

Schwarzer Text: Text aus Anhang III der BauPVO

Roter Text: Vom Hersteller auszufüllen

Blauer Text: Erläuterungen, die nicht in die Leistungserklärung zu übernehmen sind

Es ist vorgesehen, dass zukünftig weitere Muster für Leistungserklärungen auf der Internetseite der Deutschen Bauchemie (www.deutsche-bauchemie.de) zur Verfügung gestellt werden.

Beispiel für eine Leistungserklärung eines Betonzusatzmittels nach EN 934-2

LEISTUNGSERKLÄRUNG
gemäß Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 305/2011
(Bauproduktenverordnung)

für das Produkt „Handelsname xyz“

Nr. 12345

(Erläuterung: unternehmensinterne, eindeutige Nummerierung der Leistungserklärung)

1. Eindeutiger Kenncode des Produkttyps:

EN 934-2:15

(Erläuterung: Entspricht ein Produkt mehreren Produkttypen, sind die relevanten Kenncodes anzuführen.)

2. System oder Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit des Bauprodukts gemäß Artikel 12 Absatz 2 BauPVO:

System 2+

(Erläuterung: siehe Verpackung des Produkts)

3. Name und Kontaktdaten des Herstellers, der die Leistungserklärung ausstellt:

Mustermann AG

Musterstraße 28

56789 Musterhausen

(Erläuterung: zur Definition Hersteller siehe BauPVO, Art. 2, (19) sowie Art. 15)

4. Name und Kontaktdaten des Bevollmächtigten, der die Leistungserklärung ausstellt:

Mustermann AG

Musterstraße 28

56789 Musterhausen

(Erläuterung: zur Definition Bevollmächtigter siehe BauPVO Art. 2, (22))

5. System oder Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit des Bauprodukts gemäß Anhang V:

System 2+

(Erläuterung: siehe Verpackung des Produkts)

6. System oder Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit des Bauprodukts gemäß Anhang V:

System 2+

(Erläuterung: siehe Verpackung des Produkts)

Novellierung des nationalen Bauordnungsrechts

C. Reform des nationalen Bauproduktenrechts und Neufassung des technischen Regelwerks

MBO 2016 – Definition Bauprodukte

§ 2 Abs. 10 MBO / § 2 Abs. 10 SächsBO: Bauprodukte sind

1. **Produkte**, Baustoffe, Bauteile und Anlagen sowie **Bausätze gemäß Art. 2 Nr. 2 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011**, die hergestellt werden, um dauerhaft in bauliche Anlagen eingebaut zu werden und
2. **aus Produkten**, Baustoffen, Bauteilen und **Bausätzen** gemäß Art. 2 Nr. 2 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 **vorgefertigte Anlagen**, die hergestellt werden, um mit dem Erdboden verbunden zu werden, **und deren Verwendung sich auf die Anforderungen nach § 3 Satz 1 auswirken kann (SächsBO)**

MBO 2016 Differenzierung Bauprodukt / Bauart

§ 16a MBO: Bauarten

(1) Bauarten dürfen nur angewendet werden, wenn bei ihrer Anwendung die baulichen Anlagen bei ordnungsgemäßer Instandhaltung während einer dem Zweck entsprechenden angemessenen Zeitdauer die Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erfüllen und für ihren Anwendungszweck tauglich sind.

(2) Bauarten, die von Technischen Baubestimmungen nach § 88 a Absatz 2 Nr. 2 oder Nr. 3 Buchstabe a wesentlich abweichen oder für die es allgemein anerkannte Regeln der Technik nicht gibt, dürfen bei der Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen nur angewendet werden, wenn für sie

- 1. eine allgemeine Bauartgenehmigung durch das Deutsche Institut für Bautechnik oder**
- 2. Eine vorhabenbezogene Bauartgenehmigung durch die oberste Bauaufsichtsbehörde erteilt worden ist.**

MBO 2016

§ 16b MBO:

Allgemeine Anforderungen für die Verwendung von Bauprodukten

§ 16c MBO: Anforderungen für die Verwendung von CE-gekennzeichneten Bauprodukten

Ein Bauprodukt, das die CE-Kennzeichnung trägt, **darf verwendet werden**, wenn die erklärten Leistungen den in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes festgelegten Anforderungen für diese Verwendung entsprechen.

Die §§ 17 bis 25 Abs. 1 gelten nicht für Bauprodukte, die die CE-Kennzeichnung aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 tragen.

MBO 2016

§ 53 MBO: Bauherr (grüner Text ergänzt in § 53 Abs. 1 S. 3 SächsBO)

Der Bauherr hat zur Vorbereitung, Überwachung und Ausführung eines nicht verfahrensfreien Bauvorhabens sowie der Beseitigung von Anlagen geeignete Beteiligte nach Maßgabe der §§ 54 bis 56 zu bestellen, soweit er nicht selbst zur Erfüllung der Verpflichtungen nach diesen Vorschriften geeignet ist.

Dem Bauherrn obliegen außerdem die nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Anträge, Anzeigen und **Nachweise**.

Er hat die zur Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erforderlichen Nachweise und Unterlagen zu den verwendeten Bauprodukten und den angewandten Bauarten bereitzuhalten. Werden Bauprodukte verwendet, die die CE-Kennzeichnung nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 tragen, ist die Leistungserklärung bereitzuhalten.

MBO 2016

Und das Ü-Zeichen?

§ 87 MBO

(4) Die Verwendung des Ü-Zeichens auf Bauprodukten, die die CE-Kennzeichnung aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 tragen, ist mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr zulässig.

Sind bereits in Verkehr gebrachte Bauprodukte, die die CE-Kennzeichnung aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 tragen, mit dem Ü-Zeichen gekennzeichnet, **verliert das Ü-Zeichen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes seine Gültigkeit.**

Novellierung des nationalen Bauordnungsrechts

D. Stand der Reform in den Ländern

Aktuelle Änderungen in den Ländern

Die **Umsetzung der neuen MBO** ist bislang in einigen Ländern erfolgt.

Dort ist auch die **MVV TB als** normenkonkretisierende Verwaltungsvorschrift rechtsverbindlich eingeführt.

Die MBO ist in den anderen Ländern bislang rechtlich nicht umgesetzt. Daher gelten die bisherigen LBO und die (unterschiedlichen) „**Anwendungs- / Vollzugserlasse**“ weiterhin.

Ein Überwachungs-/Zertifizierungsnachweis auf Basis der aktuellen Landesbauordnung ist in den Bundesländern eigentlich solange erforderlich, bis die novellierte LBO eingeführt wurde und die Rechtslage sich tatsächlich geändert hat.

Stand der Umsetzung der Muster-Liste und der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB) in den Ländern

Baden-Württemberg

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 5. März 2010 zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. November 2017 (GBl. S. 612, 613).

Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums und des Wirtschaftsministeriums über Technische Baubestimmungen (Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen – VwV TB) vom 20. Dezember 2017 – Az.: 45-2601.1/51 (UM) und Az.: 5-2601.3 (WM) – GABl. Nr. 13 vom 29.12.2017, S. 656 - MVV TB 2017/1

Bayern (1.9.2018)

Bayerische Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523) geändert worden ist.

Vollzug des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO); Liste der als Technische Baubestimmungen eingeführten technischen Regeln – Fassung Januar 2013 - Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 26. November 2014 - Az.: IIB9-4132-014/91 AllMBI. Nr. 13/2014 S. 437, MLTB, März 2014

Berlin

Bauordnung für Berlin (BauOBl) vom 29. September 2005 (GVBl. S. 495), zuletzt geändert durch das vierte Gesetz zur Änderung der Bauordnung für Berlin vom 09. April 2018 (GVBl. S. 205).

Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (VV TB Bl) vom 19. April 2018 ABl. 2018, S. 2095 MVV TB 2017/1

Stand der Umsetzung der Muster-Liste und der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB) in den Ländern

Brandenburg

Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) vom 19. Mai 2016 (GVBl.I/16).

Einführung von technischen Regeln als Technische Baubestimmungen - Bekanntmachung des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 28. September 2015, Amtsblatt Nr. 41/205 S. 931 MLTB, September 2014

Bremen (Gesetzbeschluss für den 30.8.2018 vorgesehen)

Bremische Landesbauordnung vom Entwurfsfassung für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 14.06.2018, Stand 04.06.2018

Bekanntmachung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr über die Bremische Liste der eingeführten Technischen Baubestimmungen (BremLTB) vom 21. August 2015 Amtsblatt Nr.

216/2015 S. 1059 MLTB, September 2014

Mecklenburg-Vorpommern

Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVObI. M-V 2015, S. 344) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVObI. M-V S. 221, 228).

Liste der Technischen Baubestimmungen – Bekanntmachung des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus vom 30. September 2015 - V 540 - 516-00000-2015/031 - AmtsBl. M-V Nr. 41/2015 S. 587 MLTB, September 2014

[http://www.dibt.de/de/dibt/data/UebersichtUmsetzung MVVTB Laender.pdf](http://www.dibt.de/de/dibt/data/UebersichtUmsetzung_MVVTB_Laender.pdf)

Hamburg

Hamburgische Bauordnung (HBauO) vom 14. Dezember 2005 zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (HmbGVBl. S. 19).

Erlass der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (VV TB) vom 12. April 2018 Amtl. Anz. 2018, S. 669 MVV TB 2017/1

Hessen

Hessische Bauordnung (HBO) in der Fassung des Gesetzes zur Neufassung der Hessischen Bauordnung und zur Änderung landesplanungs-, ingenieurberufs- und straßenrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 198).

Hessische Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (H-VV TB) (Umsetzung der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen Ausgabe 2017/1) vom 13. Juni 2018 StAnz. Nr. 27 2018, S. 831 MVV TB 2017/1

Niedersachsen

Niedersächsische Bauordnung (NBauO) vom 3. April 2012 zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.09.2017 (Nds. GVBl. S. 338).
Liste der Technischen Baubestimmungen – Fassung Juni – Bekanntmachung vom 30.12.2015 Nds. MBl. 12/2016 S. 361 MLTB, Juni 2015

[http://www.dibt.de/de/dibt/data/UebersichtUmsetzung MVVTB Laender.pdf](http://www.dibt.de/de/dibt/data/UebersichtUmsetzung_MVVTB_Laender.pdf)

Nordrhein-Westfalen

BauO NRW in der ab dem 1.1.2019 geltenden Fassung (Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen - Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW).

Einführung Technischer Baubestimmungen nach § 3 Abs. 3 BauO NRW vom 8.11.2006, geändert durch Rd.Erl. Vom 4.2.2015 Ministerialblatt Nr. 31/2006 S. 582 und Nr. 8/2015 S. 166 MLTB, März 2014

Rheinland-Pfalz

Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24. November 1998, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBl. S. 77).

Einführung von technischen Regeln als Technische Baubestimmungen - Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen vom 1. Oktober 2015 (12210-4534) MinBl. Nr. 8 vom 9.11.2015, S. 154 MLTB, September 2014

Sachsen

Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186, 187) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Oktober 2017 (SächsGVBl. S. 588).

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Einführung Technischer Baubestimmungen vom 15. Dezember 2017 SächsABI. 2018 S. 52 MVV TB 2017/1

[http://www.dibt.de/de/dibt/data/UebersichtUmsetzung MVVTB Laender.pdf](http://www.dibt.de/de/dibt/data/UebersichtUmsetzung_MVVTB_Laender.pdf)

Sachsen-Anhalt

Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2013, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2018 (GVBl. LSA S. 187).

Verwaltungsvorschrift zur Einführung Technischer Baubestimmungen (VV TB); RdErl. des MLV vom 5.4.2018 – 25/24011/02 MBl. LSA 2018 S. 193 MVV TB 2017/1

Saarland

Landesbauordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2018 (Amtsbl. I S. 632).

Bekanntmachung der bauaufsichtlichen Einführung Technischer Baubestimmungen: Liste der Technischen Baubestimmungen – Fassung Juli 2015 – vom 13. Juli 2015 Amtsblatt des Saarlandes Teil II 2015 S. 695 MLTB, September 2014

[http://www.dibt.de/de/dibt/data/UebersichtUmsetzung MVVTB Laender.pdf](http://www.dibt.de/de/dibt/data/UebersichtUmsetzung_MVVTB_Laender.pdf)

Schleswig-Holstein

Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO) vom 22. Januar 2009 zuletzt geändert durch Art. 1 Ges. v. 08.06.2016, (GVOBl. S. 369).

Technische Baubestimmungen – Fassung September 2014 - Erlass des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten vom 17. Juli 2015 – Gl.Nr. 2130.30 Amtsblatt Schl.-Hol. 2015 S. 868 MLTB, September 2014

Thüringen (1.9.2018)

Thüringer Bauordnung (ThürBO)* vom 13. März 2014 zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2018 (GVBl. S. 297). Bekanntmachung des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft über die Einführung von technischen Regeln als Technische Baubestimmungen vom 16. Sept. 2016 ThürStAnz Nr. 41/2016 S. 211 MLTB, Juni 2015

Künftig gelten die MVV TB in den Ländern

- Die MVV TB fassen die bisherigen Regelungen der **BRL** und der **Liste der technischen Baubestimmungen (TBB)** zusammen.
- Neue Gliederung entsprechend den Grundanforderungen an Bauwerke:
 - Abschnitt A: TBB zur Erfüllung der Grundanforderungen
 - Abschnitt B: TBB für Bauteile und Sonderkonstruktionen
 - Abschnitt C: TBB für nationale Bauprodukte
 - Abschnitt D: Untergeordnete Bauprodukte (Liste C)
- Die Bestimmungen zu Anforderungen an bauliche Anlagen und national geregelte Bauprodukte sind weitgehend übernommen und rechtlich „unkritisch“.

MVV TB 2017

- In Teil A der MVV TB finden sich Bestimmungen zur Mechanischen Festigkeit und Standsicherheit (A 1)
- Diese verweisen auf die Eurocodes als Grundlage der Tragwerksplanung und sind entsprechend gegliedert (Erd- und Grundbau, Beton- Stahlbeton, Spannbeton ...)
- (Juristischer) Problemfall sind die oft „versteckten“ und mittelbaren Anforderungen an harmonisierte Bauprodukte.
- Das gilt vor allem in Bezug auf die Anforderungen bezüglich Gesundheitsschutz und Umwelt (ABG).

Novellierung des nationalen Bauordnungsrechts

E. Bautechnische Nachweise und Herstellererklärungen

Anforderungen an das Bauwerk

Was macht die
Bauaufsicht?

Nationales
Bauordnungsrecht

Was müssen
Ausführende
beachten?

Gefahrstoffrecht

EU-BauPVO

Was soll der
Bauherr
machen?

Vertragsrecht

Wie verhalten
sich die
Hersteller?

Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten

1. Bauaufsicht fordert bautechnische Nachweise
2. Bautechnische Nachweise werden geführt unter Einbeziehung von
 - Ü-Zeichen oder
 - Leistungserklärungen ggf. mit zusätzlichen Herstellerangaben.
3. Der **Bauherr** kann daher gehalten sein, **zusätzliche Herstellerangaben im Rahmen der Vergabe abzufragen**.
4. Dann **prüft die Bauaufsicht** die Zuverlässigkeit der Herstellerangaben zu einem Produkt als Bestandteil des Bauwerksnachweises.

Auch die Herstellerangaben müssen zum „Nachweis“ führen!

Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten

1. Der Mitgliedstaat kann Anforderungen an Bauwerke formulieren.
2. Der Mitgliedstaat kann Nachweise zur Einhaltung der Anforderungen an Bauwerke (bautechnische Nachweise) fordern:
 - Gebäude dürfen nicht glimmen
 - Standsicherheit erfordert Frostsicherheit des Wandaufbaus
 - Die Lastannahmen der Bauteile müssen gewährleistet sein
 - Innenraumluft muss Grenzwerte in Bezug auf Substanzen einhalten
3. Das Prinzip wird mit der VV TB umgesetzt.
4. Dazu gibt es als „Hilfsmittel“
 - **Prioritätenliste** des DIBt
http://www.dibt.de/de/dibt/data/Hinweisliste_Prioritaetenliste_hEN.pdf
 - DIN **Onlinedienst** „Sichere Verwendung von Bauprodukten“
<https://www.din.de/de/din-und-seine-partner/presse/mitteilungen/onlinedienst-sichere-verwendung-von-bauprodukten-verfuegbar-285842>

Prioritätenliste und DIN

Abstimmung im Sonderpräsidialausschuss Bauen und Gebäude des DIN, die hEN möglichst bereits in der Erarbeitungs- bzw. Überarbeitungsphase so zu vervollständigen, dass alle erforderlichen Leistungen auf Basis der hEN erklärt werden können und zwar auf der Grundlage der Prioritätenliste, die alle hEN aufführt, bei denen harmonisierte Regeln über die Ermittlung und Angabe bestimmter Leistungen fehlen, und die den Bezug zu den dazugehörigen Bauwerksanforderungen herstellt.

Der online-dienst bietet Planern eine Hilfestellung für die sichere Verwendung von Bauprodukten auf Basis der Prioritätenliste des DIBt und enthält zusätzliche Informationen zu deutschen Bauwerksanforderungen. Diese Informationen können im Rahmen von **Ausschreibungen** berücksichtigt werden. Der Onlinedienst wurde durch die DIN Bauportal GmbH erstellt und ist nach einer Registrierung kostenfrei nutzbar.

<https://www.sichere-bauprodukte.de/>

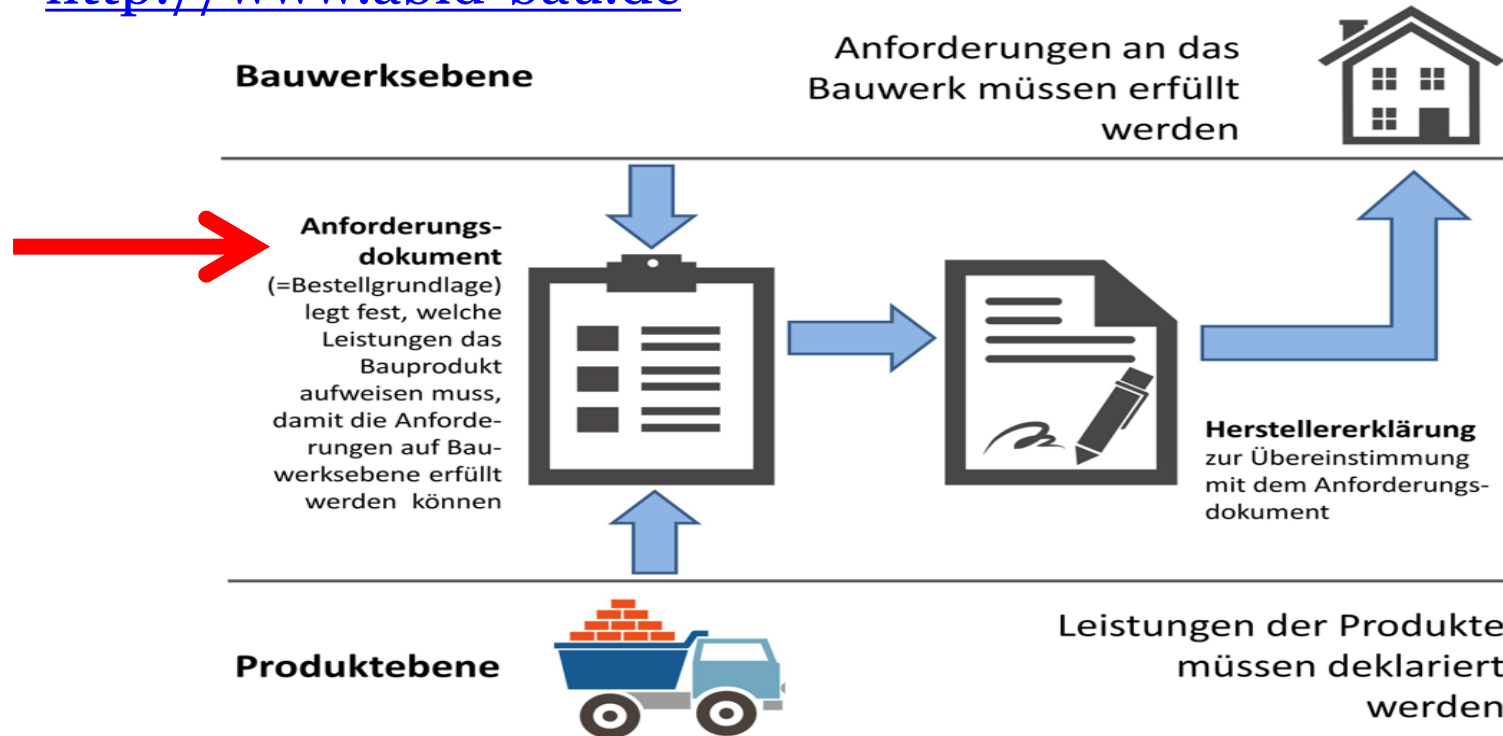
Gemeinsame Erklärung von Kammern und Verbänden **vom 22.11.2017:**

***„Anforderungen an harmonisierte Bauprodukte in Deutschland
zur Erfüllung bauordnungsrechtlicher Vorschriften“***

- **Festlegung der Merkmale, die entsprechend dem Verwendungszweck zur Erfüllung der Bauwerksanforderungen beitragen.**
- **Grundlage von Verträgen, Bestell- und Lieferunterlagen.**
- **Werkseigene Produktionskontrolle und Fremdüberwachung „analog der bisherigen Praxis“.**
- **Gilt nicht für Bauprodukte, die noch mit Ü-Zeichen ausgeliefert werden (Basis gültige abZ).**

Konzepte der Bauprodukthersteller

<http://www.abid-bau.de>



Z-33.4-1508 		STO-DAEMMPLATTE TOP32 Art.-Nr. 04900-014 Kanten: STUMPF		 Die Dämmplatte mit InnoPearls® exklusiv von Sto		sto Sto SE & Co. KGaA Ehrenbüchel 1 D-79780 Stühlingen Tel.: +49 7744 57-0 Fax: +49 7744 57-2178 info@sto.com www.sto.com
		Bemessungswert gem. DIN 4108-4 $\lambda = 0.032 \text{ W/(mK)}$		Qualitätstyp nach Qualitätsrichtlinie IVH und FV WDV: EPS-032 WDV kd IR		
		B1 Baustoffklasse nach DIN 4102 schwerentflammbar (B1): BFA-Nr. Rohstoff 23.385-1 HBCD frei		Horizontal als sichtbare Deckenverkleidung (d ≤ 80 mm); Unter Estrichen vertikale Anordnung		
24/05/2018 14:53:39 0395 09 0751 0122-0001-3		DIN EN 13163:2012+A1:2015 EPS Fassadendämmplatte WDV Nenndicke 140 mm Format 1000x500 mm Stück 3 Fläche 1,5 m ² λ_D 0.031 W/(mK) R _D 4.50 m ² K/W R _{tF-E}		Querkzugsfestigkeit ≥ 100kPa Dimensionsstabilität DS (N) 0,2% Dimensionsstabilität DS (70,-) 1% Scherfestigkeit ≥ 50kPa Schermodul ≥ 1000kPa		
		EPS-EN13163-T(1)-L(2)-W(1)-S(2)-P(3)-BS100-DS(70,-)1-DS(N)2-TR100-SS50-GM1000		Innolation GmbH Hanns-Martin-Schleyer-Str.3 D-89415 Lauingen Tel. +49907270270 www.innolation.de		

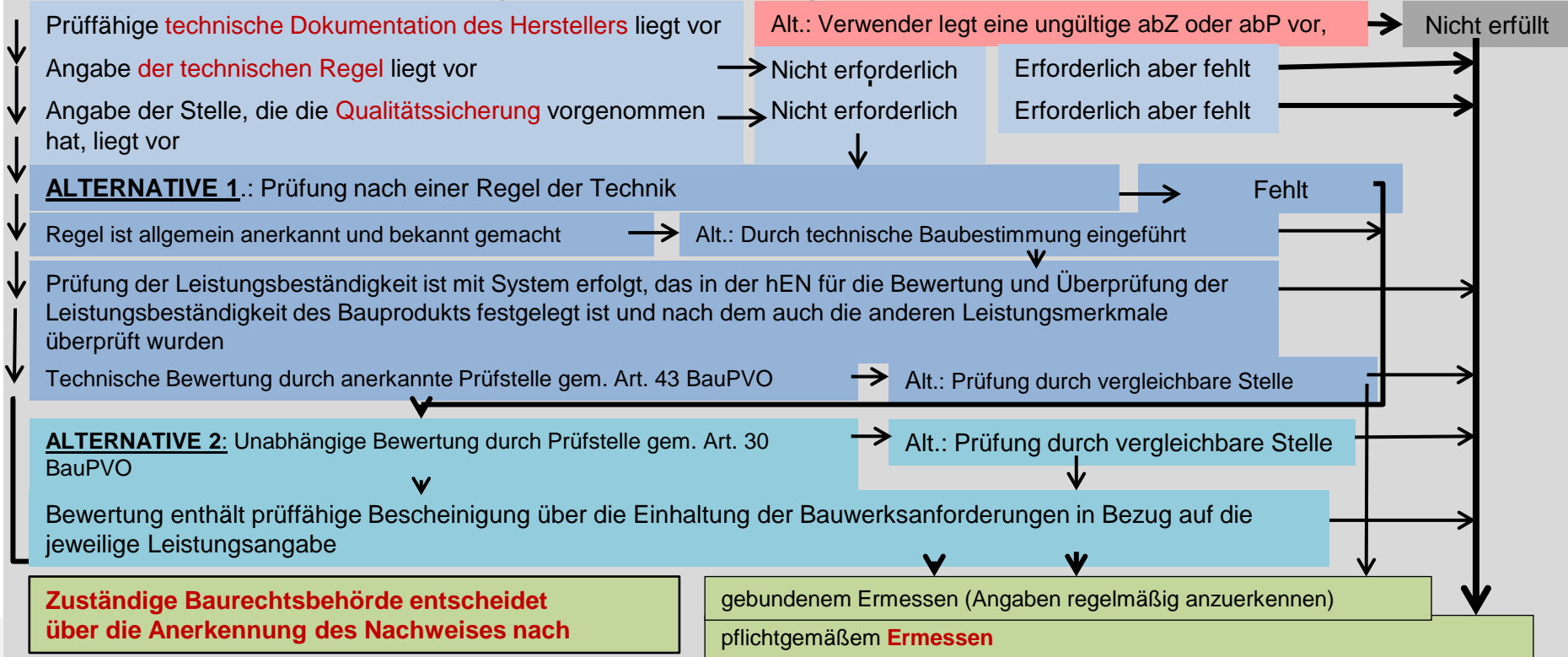


Prüfungsschema der Länder: Verwendung von Bauprodukten / Nachweisführung



KOPP-ASSENMACHER & NUSSER
PARTNERSCHAFT VON RECHTSANWÄLTEN MBB

Die Baurechtsbehörde entscheidet über die Anerkennung der Herstellererklärung in Zusammenhang mit dem bautechnischen Nachweis



Abschließender Hinweis: Verbraucherbaupvertrag

§ 650n BGB – Erstellung und Herausgabe von Unterlagen

(1) **Rechtzeitig vor Beginn der Ausführung einer geschuldeten Leistung hat der Unternehmer diejenigen Planungsunterlagen zu erstellen und dem Verbraucher herauszugeben**, die dieser **benötigt**, um gegenüber Behörden den Nachweis führen zu können, dass die Leistung unter Einhaltung der einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften ausgeführt werden wird. Die Pflicht besteht nicht, soweit der Verbraucher oder ein von ihm Beauftragter die wesentlichen Planungsvorgaben erstellt.

(2) Spätestens **mit der Fertigstellung** des Werks hat der Unternehmer diejenigen Unterlagen zu erstellen und dem Verbraucher **herauszugeben**, die dieser benötigt, um gegenüber Behörden den Nachweis führen zu können, dass die Leistung unter **Einhaltung der einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften** ausgeführt worden ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn ein Dritter, etwa ein Darlehensgeber, Nachweise für die Einhaltung bestimmter Bedingungen verlangt und wenn der Unternehmer die berechtigte Erwartung des Verbrauchers geweckt hat, diese Bedingungen einzuhalten.

Betr.: bautechnische Nachweise plus Wärmeschutznachweis und damit
alle **Nachweise zur Verwendung von Bauprodukten**



Noch Fragen?





Rechtsanwalt Michael Halstenberg | Ministerialdirektor a. D.

KOPP-ASSENMACHER & NUSSER Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
10117 Berlin

Tel. +49 (0) 30 / 450 86 55 – 21
Fax +49 (0) 30 / 450 86 55 – 11
halstenberg@kn-law.de
www.kn-law.de